

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 15. Jahrgang Nr. 5 11. März 1998

→ **Braune Kommunalpolitiker** Seite 3

Das „Bündnis Rechts für Lübeck“, dem Mitglieder rechtsextremistischer Parteien angehören, will am 22. März den Sprung ins Lübecker Rathaus schaffen. SPD und Grüne hatten im Vorfeld vergeblich versucht, die Zulassung des „Rechtsbündnisses“ zu den Kommunalwahlen zu verhindern.

→ **Schönhuber-Verschnitt** Seite 4

In die Tradition des politischen Aschermittwochs will sich auch der „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ einklinken. Das Gebotene reichte allerdings - zur Enttäuschung des Publikums - bei weitem nicht an die von Franz Schönhuber seinerzeit gesetzten Standards heran.

→ **Zum Tode Ernst Jüngers** Seite 6

Der im Alter von beinahe 103 Jahren verstorbene Schriftsteller war zu Lebzeiten heftig umstritten. Rezipiert wurde er auch bei dem denkfähigen Teil der extremen Rechten.

→ **NS-Verbrechen in Litauen** Seite 10

Die litauische Sicherheitspolizei unterstützte die Nazis kräftig beim Massenmord - von 220.000 Juden überlebten lediglich 8.000. Mehr als ein halbes Jahrhundert später wird erstmals ein Prozeß gegen einen mutmaßlichen Mordgehilfen geführt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Fragwürdiges
Traditionsverständnis

Es geht auch ohne Hakenkreuz

Welches Traditionsverständnis in der Bundeswehr gilt, ist nicht zweifelsfrei erkennbar. In einer Soldaten-Zeitschrift wird offen für Artikel mit Nazi-Namen geworben.

Mit Sorge beobachtet die Wehrbeauftragte des Bundes, Claire Marienfeld, daß in der Bundeswehr „die gebotene Distanz zur deutschen Wehrmacht nicht immer und überall eingehalten wird.“ Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) legte sich öffentlich mit der seiner Partei angehörenden Wehrbeauftragten an („Unsinn!“), sie aber blieb dabei, ein „indifferentes Traditionsverständnis“ zu beklagen.

Wie recht sie hat, läßt sich anhand der Zeitschrift „Der deutsche Fallschirmjäger“ belegen. Im Januar/Februar-Heft sind Grenzen zum Rechtsextremismus verwischt. Die Publikation wird vom Bund Deutscher Fallschirmjäger herausgegeben, in dem hauptsächlich alte Wehrmachtsangehörige, aber auch aktive Bundeswehrsoldaten Mitglieder sind. Die Zeitschrift ist keineswegs rechtsradikal, sondern sie gibt auch widerstreitende Positionen wieder. So fühlt sich der 2. Bundesleiter Günther Hartmann „zur Verteidigung unserer Truppe in einer teilweise soldatenfeindlichen Welt“ berufen. Ihm liegt daran, daß „die Tradition unserer Truppe fortgeführt und die Erinnerung an ihre Leistungen bis ins nächste Jahrhundert wachgehalten werden“. Andererseits meint er, „jungen Kameraden“ müsse „Tradition in glaubwürdiger Form“ vermittelt werden. „Tradition allein mit Glanzlichtern ohne jeden Schatten ist unglaublich. Ich bin überzeugt, daß die wirklich erhaltenswerte Tradition unserer Truppe die volle Wahrheit ohne Beschönigung trägt.“

Dieser Maßstab wird allerdings im vorliegenden Heft nicht durchweg eingehalten. In mehreren Artikeln werden fragwürdige Traditionen beschworen, in Kriegsberichten werden zweifelhafte Werte vermittelt, Wehrmacht und Bundeswehr werden unvermittelt in eine Reihe gestellt.

In einem Aufruf des 1. Bundesleiters wird die Wanderausstellung über Verbrechen der Wehrmacht als „niederträchtige, gegen die deutschen Soldaten gerichtete Agitation“ bewertet, und drei Seiten weiter ist eine Anzeige zu finden, in der für eine Broschüre zur „Anti-Wehrmachts-Ausstellung“ geworben wird. Diese Schau sei „historisch falsch und moralisch verwerflich“, heißt es dort.

Der Herausgeber dieser Schrift, Heinz Drenger, der auch im „Leitheft“, einem Rundbrief ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, sowie in anderen rechtsextremen Schriften („Nation+Europa“, „Eckart-Bote“) publiziert, spricht von einer „Psychose nationaler Selbstgeißelung“.

In einer weiteren Anzeige werden neben Büchern („Treue um Treue - Deutsche Fallschirmjäger 1936-1996“) und CDs mit Liedern („Auf Kreta in Sturm und Regen“) Erinnerungsartikel zum Kauf angeboten, darunter Krawattennadeln mit Springerabzeichen, Springmesser „Nato Military (schwere Ausführung, Tarnfarbe)“ und ein „Ärmelband“ mit Aufschriften „Kreta, Afrika, Kurland, Hermann Göring“ zum Preis von 29 Mark. An diesem Hinweis auf den Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg findet die Redaktion nichts ungewöhnlich.

Kein Wunder, daß in diesem Umfeld auch eine Fahrt ins nördliche Ostpreußen angepriesen wird, um dort ein Denkmal für 1944/45 gefallene Soldaten des Fallschirmpanzerkorps zu enthüllen, einschließlich Grillabend mit Rußlanddeutschen in Trakehnen. Mehrfach wird voller Bewunderung auf den „Kretatag“ am 20. Mai hingewiesen. Obwohl an der Luftlande-/Lufttransporteschule in Hammelburg an diesem Tag der bislang übliche „Kreta-Gedenkappell“ nicht mehr stattfinden darf, versammeln sich andernorts Traditionsgemeinschaften, „um unserer Ehrenpflicht nachzukommen“, wie es heißt, und den Kretaüberfall von 1941 zu feiern, einschließlich Gedenkstunde und Frühschoppen.

Immerhin hat Oberst Friedrich Jeschonnek, Kommandeur der Luftlandeschule, in einem Interview mit der Fallschirmjäger-Zeitschrift einige Mißstände eingeräumt und abgestellt. So seien in der „Lehrsammlung“ der Schule Bilder ausgetauscht worden, „insbesondere für die Zeit 1935-45“ und NS-Originalsymbole auf Uniformen und Bildern wurden abgedeckt, „weil dies so Vorschrift ist und die Lehraussage auch ohne sichtbares Hakenkreuz erläutert werden kann.“

Helmut Lölhöfel

Feldversuch moderner Neonazis

Braune Kandidaten

Das „Bündnis Rechts für Lübeck“ will am 22. März den Sprung ins Lübecker Rathaus schaffen. Für den 14. März haben die Rechtsextremisten einen Aufmarsch durch Lübeck angemeldet.

Die extreme Rechte bündelt zur schleswig-holsteinischen Kommunalwahl ihre Kräfte. Ende Februar ließ der Gemeindevwahlausschuß in Lübeck, das für die rechte Szene nach zahlreichen Anschlägen Symbolwert bekommen hat, das „Bündis Rechts für Lübeck“ (BRL; vgl. BNR 3/98) zur Kommunalwahl zu. SPD und Grünen war es nicht gelungen, das zu verhindern: Zusammen mit dem sozialdemokratischen Lübecker Bürgermeister und Gemeindevwahlleiter, Michael Bouteiller, votierten beide Fraktionen gegen die Zulassung des „Bündnis Rechts“. Sie wurden aber von Vertretern von CDU, Statt-Partei, FDP und der Wählerinitiative WIR überstimmt.

Das als Verein firmierende „Bündnis Rechts“ ist die einzige Gruppierung aus dem rechtsextremistischen Lager, die zu den Stadt- und Gemeindevahlen im nördlichsten Bundesland antritt. Spitzenkandidat ist der 1954 geborene Umwelttechniker Dieter Kern, auch in der NPD und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) aktiv. Auf weiteren Listenplätzen kandidieren Reinhard Kessow, Andreas Rothmann, Rainer Schütt, Herbert Maschke, Peter Dombrowski, Jörn Lemke, Harald Voss, Jutta Gebhardt und Uwe Bohn - alle mit Lübecker Meldeadresse. Das Gros der Kandidaten ist Mitglied in rechtsextremistischen Parteien und Organisationen wie der NPD, den „Jungen Nationaldemokraten“, dem „Bund für Gesamtdeutschland“ oder steht ihnen nahe. Als Fädenzieher im Hintergrund wirken der ehemalige schleswig-holsteinische DVU-Abgeordnete Ingo Stawitz und die Hamburger Neonazi-Funktionäre Christian Worch und Thomas Wulff.

Laut BRL-Satzung kann nicht Mitglied sein, „wer der CDU, SPD, FDP, PDS, den Grünen, den Autonomen oder kriminellen und gewalttätigen Organisationen angehört, die sich als erklärte Gegner einer deutschen Politik ausgewiesen haben.“ Wenn kein Vertreter in die Bürgerschaft einziehen sollte, löst sich das Bündnis sechs Wochen nach der Kommunalwahl auf. Vorhandenes Vermögen soll in die-

sem Fall nach Satzungs-Paragraph 13 der 1979 gegründeten „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“, einem Sammelbecken für Neonazis, zufließen.

Bereits im Vorfeld der Kommunalwahl demonstrierten die Rechten Einigkeit. So verzichteten die „Republikaner“ Anfang des Jahres zugunsten des Bündnisses auf die Kandidatur. Hinter diesem Beschluß steckt System: Bereits 1996 hatte sich auf Initiative der schleswig-holsteinischen Landesverbände der NPD und der DLVH ein „Bündnis Rechts für Deutschland“ gegründet. Unter dem Dach dieses Zusammenschlusses fühlen sich im Mantel des Biedermannes daher kommende Rechtskonservative und militante Skins ebenso heimisch wie rechtsextreme Parteisoldaten. Auf deren Veranstaltungen traten einschlägig bekannte Personen auf wie die rechtsextremistische Galionsfigur Manfred Roeder, Professor Klaus Weinschenk (ehemaliger Berliner REP-Landeschef) oder Wolfgang Juchem („Aktion Freies Deutschland“). Die Blütenlese einiger Referatsthemen, denen bis zu 150 Interessierte lauschten: „Arbeitsplätze für Deutschland!“, „Die geistige Lage der Deutschen“ und „Deutschland im Würgegriff der Eurokraten“.

Während der Verfassungsschutz eifrig Material sammelt, hätten sich gerichtsverwertbare Hinweise gegen das Lübecker „Bündnis Rechts“ bisher nicht ergeben, betonte der schleswig-holsteinische Innenminister Ekkehard Wienholtz Ende Februar gegenüber der örtlichen Presse. „Es gibt zur Zeit keine Anhaltspunkte für ein Verbot nach dem Vereinsgesetz.“ Das nenne nur drei Anlässe: Wenn Zweck und Handeln gegen das Strafgesetz, die verfassungsmäßige Ordnung oder die Völkerverständigung gerichtet sei. Die Kandidatur des „Bündnis Rechts“ sei, so Wienholtz, als „Regionalprogramm“ so etwas wie ein Feldversuch moderner Neonazis, sich als Anwälte der Benachteiligten aufzuspielen und sich sozialer Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Ausländerzuwanderung und Euro-Angst zu widmen.

Ein breites Bündnis von SPD-Ortsvereinen, Grünen, Gewerkschaftsjugend und Hochschulgruppen ruft derweil unter dem Motto „Naziaufmarsch verhindern!“ zu einer Demonstration auf gegen einen am 14. März vom Rechtsbündnis geplanten Umzug durch den Lübecker Stadtteil St. Lorenz. Bereits am 31. Januar hatten knapp 200 aus ganz Norddeutschland zusammengetrommelte Neonazis versucht, „den Volkszorn ins Rathaus zu tragen“.

Volker Stahl

Aschermittwochsspektakel bei den Freiheitlichen

Schönhuber light

Rund 300 Leute waren es wohl, die sich im für 150 Personen gedachten Saal eines Dorfgasthofes im osthessischen Oberjossa drängten, um an der ersten Aschermittwochsveranstaltung des „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ teilzunehmen. Darunter allerdings auch 50 äußerst unerwünschte Gäste, die nicht dem Altersschnitt von über 55 Jahren entsprachen und nicht im besten Sonntagsanzug erschienen waren. Und, oh Graus, einige hatten sogar bunte Haare. Gegen Rassismus und Nationalismus protestieren wollten sie. Über den Plakaten „Wehret den Anfängen“ wehte eine Europafahne, sichtbarer Kontrast zu den Nationalfarben, die das Rednerpult drapierten. Hatten die „Raus,Raus“-Rufe der braven Bürger schon eine beträchtliche Lautstärke erreicht, kaum daß die Demonstrierenden den Saal betreten hatten, kam es zu tumultartigen Szenen, als einer der Gruppe versuchte, von der Bühne herab eine Erklärung abzugeben. Parteivorstandsmitglied Heiner Hofsommer, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und Schulleiter im nahegelegenen Hünfeld, und Generalsekretär Heiner Kappel, ehemaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im hessischen Landtag, legten persönlich Hand an, um den „Störer“ von der Bühne zu befördern.

Ein denkbar schlechter Beginn des Abends also, fast so schlecht wie die Musik der engagierten Blaskapelle. Sogar ohne den bayerischen Defiliermarsch mußte Kappel, der Star des Abends, einziehen. Die Selbstinszenierung ließ noch viele Wünsche offen. Und auch inhaltlich fiel das Gebotene stark gegenüber den Standards, die einstmals Franz Schönhuber für die „Republikaner“ gesetzt hatte, ab. Schönhuber light war es bestenfalls, was Kappel und seine Freunde den Bürgern boten. Inhaltlich weder Fisch noch Fleisch, und die Angst vor dem Verfassungsschutz schwebte in der Luft. Jeder Journalist war ein potentieller Agent, zumindest aber ein klarer Feind, und Kappel begrüßte gleich zu Beginn „unbekannterweise die Damen und Herren vom Verfassungsschutz. Wie sich seine Zuhörer die Medien wünschen, wurde deutlich am Lesestoff: Kopien aus der „Jungen Freiheit“ kursierten durch die Reihen.

Wie zusammengestoppelte Kopien aus diesem Blatt

der extremen Rechten klangen auch die Beiträge der Redner des Abends. Harri Berndt, ebenfalls ehemals in der CDU und ebenfalls Schullektor von Beruf, verlautbarte, daß man sich an Helmut Kohl nicht unter dem Buchstaben „K“ wie Kanzler, sondern unter „P“ wie Pleiten, Pech und Pannen erinnern werde. Die Aussage, daß alle Menschen gleich sind, war für ihn der Inbegriff des Sozialismus. Der Beifall hielt sich in Grenzen, aber die Vorgruppe soll ja auch nur den Appetit wecken. Heiner Hofsommer dagegen erinnerte an mittelalterliche Bußprediger. Die „Gefälligkeitsapostel des linken Zeitgeistes“ wollte er geißeln. „Asylproblematik“, „ausufernde Kriminalität“ und Arbeitslosigkeit verrührte er zu einem Brei. Höflicher Applaus, der zur Orkanstärke anwuchs, als Hofsommer verkündete, daß Deutschland kein Einwanderungsland und die multikulturelle Gesellschaft ein Alptraum sei.

Nein, extremistisch sei man nicht, beteuerte gleich zu Beginn Heiner Kappel. Man trete für die Grundrechte ein. Um sofort nach den ersten Zwischenrufen nach der Polizei zu rufen, die den Saal von „Störern“ räumen sollte. Seiner anvisierten Zielgruppe entsprach eher der als Ehrengast begrüßte Prinz Wittgenstein. Dem aber wird es herzlich egal gewesen sein, daß Kappel die Halbierung aller Steuern forderte. In dieser Einkommensklasse werden ohnehin kaum welche gezahlt. Auch der Rest der Anwesenden machte kaum den Eindruck, zu den Modernisierungsverlierern zu gehören oder unter Kaufkraftproblemen zu leiden. Nein, man fühlte sich als die Elite eines kommenden Deutschlands, und zur Elitenbildung rief auch Kappel wie seine Vorredner immer wieder auf. Nur so könne verhindert werden, daß Deutschland bald der „industrielle und moralische Schrotthaufen Europas“ werde. Denn: „Ein Schurke, wer seine Heimat verleugnet!“

Doch auch bei Kappel, immerhin Star des Abends, nur mäßiger Applaus. Der auch bei ihm nur einmal die Kennzeichnung „tosend“ verdiente. Als er nämlich an die Bundestagsparteien gerichtet ausrief: „Wir fürchten Euch nicht, aber wir werden auch das Fürchten lehren!“ Da hatte er endlich den richtigen Ton für das Publikum getroffen, aber da war seine Redezeit auch schon vorbei. Das Fürchten konnte man tatsächlich bekommen. Dann, wenn man Kappels Zuhörer betrachtete, die von den Ordnern nur mit Mühe gebremst werden konnten, sich auf das Häuflein der Demonstrierenden zu stürzen. Hatten die Redner auch Kreide gefressen, um als Schönhuber light zu fungieren - das Publikum war jedenfalls REPublikaner pur.

Volkmar Wölk

Franz Schönhuber
schreibt über Le Pen:

Rechtsextreme Freundschaften

Franz Schönhuber hatte es in elf Jahren als Vorsitzender der „Republikaner“ nicht geschafft, die deutsche extreme Rechte zu einen. Als Modell für Deutschland empfiehlt er nunmehr den Führer der französischen Rechtsextremen, Jean-Marie Le Pen. Schönhuber gibt in seinem neuesten, dem Vorsitzenden des Front National gewidmeten Buch, Einblicke in sein Demokratieverständnis.

Wie der legendäre Godzilla ragt „Le Pen. Der Rebell“, so der Buchtitel, über dem Pariser Place de l'Opera auf und wirbt bei den Deutschen, für die er nach Schönhubers Wille Modell sein soll, zunächst um den Kauf eines aufwendig gemachten Bilderbuches über den FN und seinen Vorsitzenden. Dargestellt wird die Geschichte Le Pens, von seinen Anfängen als Kind in der Bretagne über den Mörder eines deutschen Besatzungssoldaten, den Soldaten in Indochina und bis hin - nachdem er bereits jüngster Abgeordneter der Poujadisten war - zum Fallschirmjäger in der Fremdenlegion in Algerien. Dort, so weiß Schönhuber, verteidigte er, „während die Herren Parlamentarier über Vaterland und Ruhm schwadronierten“, diese Werte. Es folgt eine breite Darstellung des politischen Aufstiegs des FN und seiner Arbeit; ob hierzulande freilich ein breiteres Interesse an Funktionären und einzelnen Abgeordneten besteht, die Franz Schönhuber zufällig kennt, erscheint fraglich, aber wir müssen das Buch ja nicht verkaufen.

Franz Schönhuber wäre nicht der, der er ist, ließe er sich bei der Darstellung seines Helden nicht vom Überschwang forttragen. So beschreibt er die 1.Mai-Kundgebung, die er mit Verleger Dr. Sudholt besucht, im Stakkato eines früheren Reichspropagandachefs: „Wir gehen zu Fuß auf den Platz zu. Hören schon von ferne Musik. Und je näher wir kommen, umso stärker schwellen die Klänge ... der Marseillaise, jenes Revolutionsliedes, das die Herzen höher schlagen läßt. Endlich sind wir am Versammlungsort vor der Oper. Etwa 10000 Menschen stehen dicht an dicht inmitten eines Meeres von Fahnen und Transparenten. Es herrscht eine fröhliche Atmosphäre.“ In einem Grußwort zum Kongreß des FN im März 1997, den der zur unerwünschten Person Erklärte mangels Polizeischutz

nicht besuchen mochte, dichtete Schönhuber: „Für uns ist es Jean-Marie Le Pen, der ein Beispiel mutigen Widerstandes gegen alle jene gegeben hat, die unser gemeinsames Erbe, unser kulturelles Erbe, unsere Zivilisation zerstören wollen, auch unsere Identitäten und die Wurzeln der Völker. ... Heute ist es nicht der napoleonische Adler, der von Turm zu Turm bis nach Paris fliegt, heute sind es die Ideen des Front National, die von Rathaus zu Rathaus bis zum Elysée Palast fliegen“.

Schönhuber ist bemüht, die Gemeinsamkeit mit Le Pen aus dem Soldatischen zu begründen. Er beschwört die Waffenbruderschaft mit den heute im FN agitierenden „Soldaten, die als Kriegsfreiwillige an deutscher Seite in der 36.Waffen-SS-Division Charlemagne gegen den Bolschewismus gekämpft hatten“, und ihm selbst („der Besatzungssoldat mit dem Totenkopf auf der Mütze ... der Sturmbrigade RFSS <Reichsführer SS>“ und möchte seine Leser glauben machen, die Bretonen seien nachsichtig gegenüber ihren deutschen Besatzern gewesen, weil diese „die französische Lebensart bewundert hätten“.

Bemerkenswert ist die Geschichte der braunen Fraktion im Europaparlament, von der auf Druck der „Republikaner“ der italienische MSI ausgeschlossen blieb. Schönhubers Abrechnung mit seinem REP-Vorsitzenden-Nachfolger Schlierer, der sich gegen die Zusammenarbeit mit dem FN gewehrt hatte, fällt knapp aus. Umso obszöner die Schelte für den FPÖ-Vorsitzenden Haider, der die Zusammenarbeit mit dem FN ausgeschlagen habe. Schönhuber mokiert sich, Haider werde „im Gegensatz zu Le Pen von jüdischer Seite kaum mehr angegriffen. Das verdankt er sicher seinem Pakt mit dem jüdischen Schriftsteller Peter Sichrowsky. ... Wäre man zynisch, könnte man es als Rache Jahwes ... betrachten, daß der Neu-Freiheitliche jetzt inmitten der als Nazis diffamierten <Lepénisten> auf der Bank der Fraktionslosen sitzen muß.“ Ungebremster Antisemitismus spricht aus der Darstellung des Verhältnisses des FN zu den französischen Juden. Ausdrücklich heißt er Le Pens Einordnung des Holocaust („Détail d'Histoire“ - sechs Zeilen in einem 1000-Seiten-Buch über den Zweiten Weltkrieg) gut, als Versuch die „auch in Frankreich herrschende Schweigespirale mit provozierenden Sätzen (zu) sprengen“. Dies ist nicht, wie Schönhuber schreibt, in Frankreich straffrei, sondern hat Le Pen dort unlängst eine zweite Verurteilung (nebst einem Ermittlungsverfahren in München) eingetragen. In dem Buch sollte man zwischen den Zeilen lesen, denn da enthüllt Franz Schönhuber eine ganze Menge. Klaus-Henning Rosen

Zum Tode von Ernst Jünger **Inmitten von Ruinen**

Der kürzlich verstorbene Schriftsteller Ernst Jünger gehörte sicherlich zu den umstrittensten Gestalten in der Geschichte der Bundesrepublik. Rezipiert wurde er auch bei dem denkfähigen Teil der extremen Rechten.

Als Michael Moynihan, nazistischer Kopf der Darkwave-Band "Blood Axis", 1993 für den Sampler "Im Blutfeuer" das Stück "The Storm Before the Calm" vorlegte, da widmete er diesen Song dem greisen Schriftsteller Ernst Jünger "im neun-undneunzigsten Jahr seiner irdischen Existenz". Vor dem Hintergrund kontemplativer Klaviermusik und eines getragenen Chores, beides stilgerecht vermischt, erklingt darin plötzlich die Stimme des Führers der rumänischen faschistischen Eisernen Garde, Corneliu Codreanu. Eingebettet ist dieser Redeausschnitt in einen Auszug aus Ernst Jüngers 1939 erschienener Novelle "Auf den Marmorklippen".

In der Tat vollzog sich 1939 die letzte Sturmphase des großen Essayisten und Tagebuchautors, bereits in die Phase der Ruhe und Abgeschiedenheit nach dem Zweiten Weltkrieg überleitend, denn nicht mehr der Sturmangriff mit Handgranaten war Jüngers Aufgabe im Zweiten großen Krieg des Jahrhunderts, sondern die Generalstabsarbeit im besetzten Paris. Die Konfrontation mit dem Feind war nunmehr nicht existenziell, sondern vollzog sich in Gesprächen über die Urgründe des Seins in den Pariser Salons und Cafés. Der Tod ist in den "Pariser Tagebüchern" des Autors nur noch eine Randerscheinung, die dann Teil des Geschehens wird, wenn Jünger - eher aus Neugierde - an einer standrechtlichen Erschießung teilnimmt. Der Dandy verdrängt zunehmend den Helden.

Bei der Hinrichtung ist er ebenso der scheinbar unbeteiligte Beobachter wie bei seinen Notizen über die Grabenkriege des Ersten Weltkrieges, die ihn auf einen Schlag ebenso berühmt wie umstritten machten. "In Stahlgewittern" nannte er sie schließlich, die Technik naturalisierend und ihr somit einen existenziellen Sinn verleihend, was ein Jahrzehnt später in seinem Essay "Der Arbeiter" noch stärker akzentuiert werden sollte. Für sein Kriegstagebuch hatte er zunächst den Titel "Rot und

Grau" vorgesehen, in Anspielung auf Stendals Roman "Rot und Schwarz". Rot und Grau - die beiden Grundfarben des Krieges. Das Rot des strömenden Blutes und das Feldgrau der Uniformen. Die Konzentration auf das Wesentliche des Krieges - Ordnung, Tod, Sterben und Überleben - schwebte ihm vor. Deshalb der "un-menschliche" Tonfall der Eintragungen, nur selten aufgelockert durch Emotionen. In der ersten Fassung war dies vollkommen anders gewesen. Geradezu expressionistisch hier der Stil, den Lesenden mitten in das Geschehen stellend, so wie dies die Futuristen mit ihren Bildern versuchten. Der Perspektivenwechsel in den folgenden Versionen, von Jünger stets beschönigend als "Korrekturen" charakterisiert, trug ihm den Vorwurf der Kriegsverherrlichung ein. Gerade durch das Fehlen moralischer Wertungen aber kann der Band auch dekonstruktiv als Anti-Kriegsbuch par excellence gelesen werden, eindringlicher und unter die Haut gehender als Remarques "Im Westen nichts Neues" und ähnliche Gesinnungsliteratur. Bedrohlich nicht nur wegen des Geschehens, sondern vor allem wegen der Faszination, die die Schilderung auch auf diejenigen auszuüben in der Lage ist, die sich selbst als Antimilitaristen verstehen.

Suche nach dem Unbekannten

Moynihan stellt in seinem Song Jünger in den Kontext Corneliu Codreanus. Mit Recht. Einerseits war Jünger in jeder seiner Schaffensphasen viel eher ein faschistischer denn ein nationalsozialistischer Schriftsteller, andererseits entzieht er sich - wie Codreanu - dem verstehenden Zugriff, wenn die prägende und treibende spirituelle Komponente nicht berücksichtigt wird. Unvermittelt finden wir faschistische und spirituelle Obsession immer wieder nebeneinanderstehend. Die Eintragung im "Zweiten Pariser Tagebuch" vom 15. Mai 1944, die kommende Niederlage bereits vor Augen, beginnt mit den Worten: "Weiter in der Offenbarung; sie hält einen der großen Einblicke des un-mittelbaren Auges in den Bau des Weltalls fest.", fährt nach einigen Überleitenden Sätzen fort: "Über den Königen und ihren Taten steht der Prophet. Der großen Vernichtung, die dort angekündigt wird, sollen nur die entrinnen, denen das Siegel Gottes auf die Stirn gezeichnet ist.", um in der lapidaren Bemerkung zu enden: "Abends bei Didiers. Ich traf dort wieder Hendrik de Man." Den Hendrik de Man, der sich vom linken Führer der belgischen Sozialdemokraten und engagierten Kriegsgegner zum faschistischen Theoretiker gewandelt hatte.

Jünger verspürt keinen Widerspruch, und es gibt auch keinen.

Nach diesem Krieg gab Jünger mehrere Jahre die Zeitschrift "Antaios" heraus. Mitherausgeber war der Religionshistoriker Mircea Eliade, damals in den USA lehrend, nur einen Weltkrieg zuvor aber noch in den Reihen der Eisernen Garde Corneliu Codreanu aktiv, deren Propagandakolonnen in der Form eines riesigen Kreuzes in die Dörfer einmarschierten und bei der jede Versammlung mit einem (Feld-)Gottesdienst begann. Nein, nicht der stupide Landsknecht oder gar der Söldner ist es, der Jünger bei seinem Begriff des Soldaten vor-schwebte, sondern der Priesterkrieger, der das Leben in seinen Grenzbereichen, der finalen Bedrohung im Kampf und der spirituellen Transzendenz erkundet. Dieses Bild des Soldaten weist zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem kshatriya des Italieners Julius Evola auf. Ordnung, Einordnung, Unterordnung - beim Soldaten wie bei der Gestalt des Arbeiters - sind Wege zur Transzendenz, sind zugleich Gegenbilder zur verachteten individualistischen Existenz des Bürgers (das Wort muß so ausgesprochen werden, als spucke man gleichzeitig aus) in der Massengesellschaft.

Leben außerhalb von realem Raum und Zeit

Armin Mohler, der wohl wie kaum ein anderer die Person Jünger durch seine Tätigkeit als dessen Privatsekretär kennengelernt hat, zieht Jünger in einem seiner Aufsätze als Beispiel für den "faschistischen Stil" heran. "Diesem Schriftstellertypus gehe die Formvollendung vor dem Dienst am Volke, der Genuß vor der Pflicht; die Geste sei ihm wichtiger als das Bekenntnis, der entschiedene Gegner näher als der durchschnittliche Volksge-nosse", beschreibt Mohler die Vorbehalte der Nazis gegen Jünger und ergänzt: "Man scheint einen neuen Aristokratismus zu argwöhnen." Damit hatten die Nazis sicher recht. Von Jüngers 1929 getroffener Aussage, daß man sich heute "um Deutschland nicht mehr in Gesellschaft bemühen" könne, bis hin zum Leitbild des Anarchen in seinem Nachkriegsessay "Der Waldgang" - sicherlich eines seiner wichtigsten und heute wirkungsmächtigsten Werke - war es gedanklich nur ein kurzer Weg. Der Anarchist, sich als Gegenpol zur Gesellschaft definierend, bleibt ihr doch stets durch diesen geistigen Bezug verbunden. Der Anarch dagegen entzieht sich völlig, wählt die Zuflucht ima-

giniert Wälder. Es handelt sich um eine geistige Aristokratie, Evolas Gegenbild zum kshatriya, dem brahmanen, gleichend, wobei beide Gestalten zusammengehören wie das ying und das yang. Was bei Evola die apoliteia genannt wird, das ist beim späten Jünger der Rückzug in die Wälder: ein Leben außerhalb von realem Raum und Zeit.

„Der Tod gleicht einem fremden Kontinent“

Diese Essays und seine Tagebücher sind es, die von ihm bleiben werden. Nicht seine bestenfalls zweitrangigen literarischen Versuche in Form von mißglückter Science Fiction ("Heliopolis"), stets in Kitsch umkippendem Romanschaffen ("Eumes-wil") oder dem vor allegorischen Pathos triefenden "Auf den Marmorklippen". Erstere sind es auch, die Jüngers Rezeption beim minoritären, denkfähigen Teil der extremen Rechten bestimmen. So schreibt Alain de Benoist in der Einleitung zur Ausgabe der "Nouvelle Ecole", die zur Feier von Jüngers 100. Geburtstag erschien, die Kontinuität des Werkes von den "Stahlgewittern" bis zu "Siebzig verweht" unterstreichend: "Jünger hat lediglich seinen Horizont erweitert. Indem er höher gestiegen ist, ist er vorwärtsgeschritten. Auf diese Weise hat er aufgehört, ein Handelnder in einer Geschichte zu sein, die nur Dinge anhäuft, die der Zerstörung geweiht sind, um zu einem von jenen zu werden, die souverän diese Geschichte beherrschen. (...) Sein gesamtes Leben hat sich Jünger stets dem Unwandelbaren angenähert. Jenseits der Handlung hat er immer die Gestalt, den Mythos, den Archetypus gesucht, der die Zeit durchquert, ohne sich von ihr ergreifen zu lassen." Evola hätte es kürzer ausgedrückt: Ein Mann inmitten von Ruinen.

Spätestens sein Tod sollte Anlaß sein, sich mit Jünger jenseits einer ebenso einfachen wie zumeist kenntnislosen Polemik zu befassen. Anreiz dafür hätten bereits die Bilder vom 100. Geburtstag sein können. Vor dem Domizil des Dichters ragte neben dem kleinen, schon eingefallenen, aber verschmitzt lächelnden Jünger der breit grinsende Kolos des Bundeskanzlers auf. Und doch war nicht zu übersehen, daß ein Zwerg zu Besuch bei einem Riesen war. Jünger, der stets auf der Suche nach dem Unbekannten war, äußerte in einem seiner letzten Interviews: "Der Tod gleicht einem fremden Kontinent." Er kann jetzt auf Entdeckungsreise gehen.

Jean Cremet

Für die Zukunft
des deutschen Volkes

Mit Askese zum Erfolg

Der „Jungdeutsche Bund“ und die „Jungdeutsche Jugend“ sehen sich in der Nachfolge einer nationalrevolutionären Organisation der Weimarer Zeit. Erste Pflicht sind Genügsamkeit und Disziplin.

In der Februar-Ausgabe von „Nation+Europa“ meldete sich erstmals der Leiter der „Jungdeutschen Jugend“ (Postfachadresse im hessischen Gießen) Patrick Watola in einer bundesweit vertriebenen rechtsextremistischen Monatszeitschrift zu Wort. Abgesehen von Kontaktanzeigen in rechtsextremen Blättern wie „Junge Freiheit“ oder „Der Schlesier“ war die Organisation vorher noch nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten. In „Nation+Europa“ wendet sich der „völkisch denkende Deutsche“ (Eigenbezeichnung) Watola gegen die Skin-Bewegung, die der „nationalen Bewegung“ aufgrund ihres martialischen Aussehens nur schade: „Otto-Normal-Bürger - dessen Vertrauen und Unterstützung wir brauchen - sollte, wenn Demonstrationen stattfinden, diese jungen Patrioten, die als Neonazis und Rechtsradikale bezeichnet werden, in einer guten Erinnerung behalten. Rein vom Äußerlichen her.“

Den Sinn ihres Tuns sehen die „Jungdeutschen“ (Motto: „Heimattreu-Bündisch-Freiheitlich“) darin, „den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft auf eine breite Grundlage in der kommenden Generation zu stellen.“ Denn: „Die Politiker haben versagt. Jetzt liegt es an der Jugend, die Zukunft Deutschland zu gestalten.“ Weiter heißt es in einer Selbstdarstellung der „Jungdeutschen Jugend“: „Ein Mittel der Selbsterziehung ist (...) die gegenseitige Beeinflussung zur Ausschaltung alles Weichlichen und Unklaren, sowie die Pflege der Genügsamkeit und Disziplin im Sinne altpreußischer Auffassung. Den vielfach ungesunden Zeiterscheinungen in den verschiedensten Gebieten unseres kulturellen Lebens soll die Beteiligung an allen volkstümlichen Veranstaltungen der Heimatbevölkerung, die Belebung alter Volkslieder, Volkssitten und Volksbräuche entgegentreten.“

Als Organ dient den „Jungdeutschen“ das Blättchen „Die junge Schar. Zeitung des nationalen Deutschlands“, die erstmals 1997 erschien. Darin findet

sich - neben ausführlichen Selbstdarstellungen - u.a. ein Bericht über das Wirken der NPD-Funktionärin Doris Zutt und das revanchistische „Bündnis für Deutschland“. Ebenso wird für das Buch „Hitlers rechte Gegner. Gedanken zum nationalistischen Widerstand“ (Arun-Verlag) von Claus-Michael Wolfschlag geworben.

Mitglied der „Jungdeutschen“ kann nur derjenige werden, der erfolgreich eine Anwärterzeit von einem halben Jahr bestanden hat. Erst dann wird das jungdeutsche Abzeichen „während einer feierlichen Veranstaltung, an die Brustseite, verliehen.“ In der Zeit der Anwärterschaft gilt es auch die selbstverfaßten „10 Sprachgebote für brave Deutsche“ zu beherzigen; darunter: „Deutsche, die deutsch denken und fühlen, sind >Neonazis<“ oder „Deutsche, die sich keinen kollektiven Schuldkomplex einreden lassen und sich nicht schämen, Deutsche zu sein, sind >Unverbesserliche<“.

Die „Jungdeutschen“ verstehen sich als direkte Nachfolgeorganisation der gleichnamigen „Jungdeutschen Jugend“ (1924 gegründet), der Jugendorganisation des „Jungdeutschen Ordens“ (1920 gegründet) von Artur Mahraun (1890-1950).

Armin Mohler (Mentor der sogenannten „Neuen Rechten“), einst Sekretär Ernst Jüngers und bei dessen Beerdigung am 21. Februar im schwäbischen Wilflingen vor Ort, rechnet den „Jungdeutschen Orden“ in seinem Handbuch „Die Konservative Revolution in Deutschland. 1918-1932“ dem nationalrevolutionären Spektrum der „Konservativen Revolution“, den „Trotzkisten des Nationalsozialismus“, zu.

Der „Jungdeutsche Orden“, wiederbelebt als „Jungdeutscher Bund“ (Motto: „National-Demokratisch-überparteilich“) mit Hauptsitz im nordrhein-westfälischen Dortmund, pflegt ein ähnliches Sektiererdasein wie seine Jugendorganisation. Umso schwülstiger kommen Flugblätter und Werbezettelchen des „Bundes“, in denen vom „Volk“ als „Schicksalsgemeinschaft“ geschwafelt wird, daher: „Nur wer für die Menschen da ist und sich zu einer wahren nationalen Gemeinschaft bekennt, bringt dem deutschen Volksstaat eine gesunde Zukunft“ - ist da zu lesen.

Konkreter geht es zur Sache, wenn „festgestellt“ wird: „Es tritt immer klarer zutage, daß im heutigem System dem Volk jede positive Mitwirkungsmöglichkeit fehlt.“ Oder, kurz und knapp: In der Bundesrepublik gibt es nach Ansicht des „Bundes“ keine Demokratie.

Anton Maegerle

Jüdisches Leben in der Mitte Berlins

Wachsamkeit bleibt nötig

Trotz erfreulichen Mitgliederwachstums ist das Leben der jüdischen Gemeinschaft in der Hauptstadt noch weit von Normalität entfernt. Ein neu geweihter Gedenkstein in der Großen Hamburger wurde vor wenigen Tagen zum zweiten Mal geschändet - die Täter vermutlich Rechtsextremisten.

Den meisten Überlebenden des Holocaust erscheint es wie ein Wunder: In Berlin, einst Hauptstadt der „Entjudung Deutschlands“ gibt es wieder eine auch im Alltag spürbare jüdische Gemeinschaft, die lebt, lernt, heiratet, alte Traditionen pflegt, Gottesdienste abhält und voller Hoffnung in die Zukunft blickt. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Andreas Nachama, sagte: „Unsere Gemeinde hat wieder 11.000 Mitglieder, fünf Synagogen, in die an jedem Sabbat 1.000 bis 1.200 Menschen kommen. Wir haben zwei Grundschulen und eine Oberschule, einen Kindergarten und zwei Jugendzentren. Und die größte Gruppe sind nicht mehr Rentner und Pensionäre, sondern 40- bis 50jährige.“ Als wichtigste Wachstumsfaktoren erweisen sich der Zuzug von Juden vor allem aus Rußland und die Hauptstadtaufgaben Berlins, die auch jüdische Diplomaten in die Stadt und in die Gemeinde führen.

Die Reaktion auf diese fast sensationell anmutende Entwicklung ist gegensätzlich. Die meisten Berliner empfinden so etwas wie gespannte Freude über das Wiederauftauchen von Keimen einer Kultur, die noch zu Zeiten der Weimarer Republik ein nicht wegzudenkender Teil des Lebens in Spree-Athen war. Vor allem an Wochenenden spazieren Tausende durch die Oranienburger Straße mit ihrem neuen jüdischen Flair. Auch die Große Hamburger, eine Seitenstraße der Oranienburger, ist ein jüdisches Symbol. Einst waren hier der jüdische Friedhof mit dem Grab Moses Mendelssohns und das jüdische Altenheim, das die Nazis in eine Gestapo-zentrale verwandelten. Eine Gedenktafel erinnert daran, daß von dort aus 50 000 Juden nach Auschwitz und Theresienstadt deportiert und damit in den Tod getrieben wurden. An dieser Tafel ließen Neonazis vor Jahreswechsel ihre Wut nicht zuletzt darüber aus, daß nebenan im Gebäude der alten jü-

dischen Schule vor ein paar Jahren das einzige jüdische Gymnasium in Deutschland seine zukunfts-trächtige Tätigkeit aufgenommen hat.

Wolfgang Thierse, der für das neue jüdische Zentrum „zuständige“ SPD-Bundestagsabgeordnete, nahm sich danach demonstrativ einen ganzen Tag Zeit, um die jüdischen Einrichtungen zu besuchen und mit den dort Tätigen über ihre Probleme zu sprechen. Das Resümee dieses Tages faßte er für die „Jüdische Korrespondenz“ in die Worte: „Ich bin froh, daß es in der Mitte Berlins wieder ein reges jüdisches Leben gibt. Die Aktivitäten der verschiedenen jüdischen Institutionen knüpfen an Traditionen an und ermöglichen ein im besten Sinne neugieriges und tolerantes Miteinander.“

Ein Höhepunkt des Tages war Thierses Diskussion mit einer Gruppe der mittlerweile 250 Schüler des Gymnasiums, Kindern von Gemeindemitgliedern und russischen Zuwanderern. Trotz hoher Anforderungen – je drei zusätzliche Unterrichtsstunden für Hebräisch und jüdische Religionslehre – möchten auch viele nichtjüdische Eltern ihre Kinder gern dort unterbringen, aber die Kapazität der angesehenen Lehranstalt ist erschöpft. Das Gespräch dauert eine Stunde und hatte eine breite Themenpalette: Soll man die NPD verbieten oder ist das nicht klug, welche Auswirkungen hätte ein militärischer Schlag gegen Irak auf den Friedensprozeß und Israel, warum spart man nicht das Geld für den Eurofighter ein und stockt damit das Bildungsbudget auf, warum müssen die Zuwanderer so hohe Hürden überwinden, ehe sie sich um Arbeit bemühen können? Die Fragen waren kritisch und zugespitzt, aber meist wurde man sich mit Thierse am Ende einig.

Ende Februar wurde der Gedenkstein in der Großen Hamburger neu geweiht. Auf Veranstaltungen aus diesem Anlaß gelobten Politiker, solidarisch zu sein und den Anfängen zu wehren. Unüberhörbar war Nachamas Warnung, die Vorkommnisse nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, seine Kritik an Versuchen des Senats, die antisemitischen Straftaten schönzureden. Wachsamkeit wird nötig bleiben, das bestätigte wenige Tage später ein neuer Vandelenakt gegen den Davidstern auf dem Stein. Solange vor jüdischen Schulen wie vor allen jüdischen Einrichtungen Wachen stehen müssen, solange man Besucher jüdischer Veranstaltungen elektronisch nach Waffen und Sprengkörpern abtasten muß, solange Gräber und Gedenkstätten fast täglich geschändet werden, sind wir von Normalität weit entfernt.

Ralf Bachmann

Beginn der
NS-Prozesse in Litauen:

Lediglich 8.000 Überlebende

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust soll sich in Litauen erstmals ein Erfüllungsgehilfe der Nazis vor Gericht verantworten. Die litauische Sicherheitspolizei war entscheidend an der Durchführung des Massenmords an den Juden beteiligt.

Ein blonder junger Mann mit einem mannshohen, dicken Brecheisen blickt in die Kamera. Vor ihm liegen Männer bäuchlings auf dem Boden, im Hintergrund sind junge und ältere Frauen und Männer zu sehen. Kurz nachdem ein deutscher Soldat das Foto gemacht hatte, begann der blonde Jüngling mit seiner „Arbeit“. Er schlug mit dem Brecheisen die vor ihm liegenden Menschen tot. Gelang es ihm, einen Schädel mit einem Hieb zu zertrümmern, spendete die gaffende Menge Beifall. Mußte er zweimal zuschlagen, piffen die Zuschauer. Das Foto stammt aus dem Sommer 1941. Es wurde unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch im litauischen Kaunas gemacht. Der junge Mann - ein litauischer Faschist, die Opfer - Juden aus Viliampole, einem jüdischen Wohnviertel in Kaunas. Wenige Tage zuvor war im Zentrum von Kaunas der Kopf eines ermordeten Rabbiners in einem Fenster zur Schau gestellt worden. Im Stadtteil Vytautas in Kaunas hatten litauische Nazis wahllos Juden von Straßen in eine Garage gezerrt und ihnen Wasserschläuche in die Mäuler gepreßt. Der Wasserstrahl stand unter starkem Druck, weil er normalerweise Autos säubern soll. Die Opfer wurden solange mit Wasser vollgepumpt, bis die Därme zerrissen.

Der „Jäger-Bericht“

Solche Greuelthaten waren in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen während der Nazi Herrschaft fast an der Tagesordnung, doch nirgendwo ist so genau Buch geführt worden, wie in Litauen. Dort war Karl Jäger, Kommandeur des Einsatzkommandos 3 der Einsatzgruppe A, später Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD, für die Ermordung der Juden zuständig, und der hat akribisch Statistiken geführt. Jäger konnte zwar nie vor Gericht gestellt werden. Bei Kriegsende nahm

er eine falsche Identität an und verdingte sich als Landarbeiter. Erst im April 1959 wurde er in Baden-Württemberg enttarnt und in die Strafanstalt Hohenasperg als Untersuchungshäftling eingeliefert. Dort nahm er sich allerdings vor Beginn der Hauptverhandlung das Leben. Jägers Statistiken aber sind erhalten und in der Forschung als „Jäger-Bericht“ längst ein Begriff. Bis zum 1. Dezember 1941 hatten Jägers Leute zusammen mit litauischen Faschisten 137.346 Juden ermordet. Einige dieser Leute sind nach dem Krieg angeklagt, wenige verurteilt und hingerichtet worden. Vielen gelang die Flucht vor allem in die USA und nach Kanada. Dort fragte niemand nach der Vergangenheit der Flüchtlinge. Es genügte die Behauptung, man sei von Kommunisten verfolgt worden, und schon war man willkommen.

„Todeskarten“ unterschrieben

Einer dieser Flüchtlinge war Aleksandras Lileikis, in der Besatzungszeit Leiter der Sicherheitspolizei „Saugumas“, die in Wilna für die Deutschen den Massenmord vorbereitete. Lileikis hatte sich nach dem Krieg zuerst in Westdeutschland und danach in Boston niedergelassen. Erst Anfang der 90er Jahre, nach dem Untergang der kommunistischen Regime im Baltikum, konnten örtliche Stellen daran gehen, Akten über den baltischen Holocaust zu studieren und nach mutmaßlichen Tätern zu suchen. Dabei stießen Forscher auf die von Lileikis unterschriebenen „Todeskarten“. Es handelt sich um Karteikarten mit den Namen und Anschriften von Juden in Wilna. Die Nazis brauchten ihre Opfer also gar nicht zu suchen. „Saugumas“ hatte alles bestens vorbereitet. Diese „Todeskarten“ veranlaßten die US-Justiz, Lileikis die amerikanische Staatsbürgerschaft zu nehmen und seine Ausweisung zu verfügen. Der kam der mutmaßliche Mordgehilfe jedoch zuvor und reiste im Juni 1996 in die alte Heimat. Damals hoffte er wohl noch, an einem Strafverfahren vorbeizukommen, weil er mit inzwischen 91 Jahren gesundheitliche Probleme hat. Mit Hinweisen darauf lehnte es die litauische Justiz denn auch zuerst ab, eine Hauptverhandlung zu eröffnen. Doch dann kam Druck aus den USA und aus Israel. Im Februar 1997 schickte die Knesset eine Petition mit 92 Unterschriften in die litauische Hauptstadt Vilnius. Mehr Mitglieder des israelischen Parlaments konnten gar nicht unterschreiben, weil Abgeordnete, die gleichzeitig Minister oder Staatssekretäre sind, nicht unterschreiben dürfen. Im November 1997 kam eine Petition mit den Unterschriften von 32 US-Kongressmitgliedern in Vil-

nus an. Daraufhin wurde ein Gesetz geändert und nun können Schwerstbeschuldigte auch angeklagt werden, wenn sie nicht selbst an der Verhandlung teilnehmen. Daß Lileikis alle Vorwürfe bestreitet, bedarf keiner Erwähnung. Kaum jemand bekennt sich länger als ein halbes Jahrhundert nach dem Verbrechen schuldig.

Die Staatsanwaltschaft scheint sich ihrer Sache dennoch sicher zu sein. Anklagevertreter Kazimieras Kovarskas nennt die ihm vorliegenden Dokumente „erdrückend“. Rechtsanwalt Algirdas Matuiza, der Verteidiger, tut die Dokumente hingegen als

„KGB-Fälschung“ ab. Wenn nun, geplant für März, vermutlich nun im Mai, die Hauptverhandlung eröffnet werden sollte, braucht Lileikis nicht auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Für die Beobachter, und zu denen gehört selbstverständlich die jüdische Gemeinde mit jetzt ca. 6.000 Mitgliedern, ist das auch nicht besonders wichtig. Ihr Vorsitzender Alparavic sagt: „Wir erwarten nicht viel vom Prozeß. Wichtig ist die Anklage an sich.“ Denn nun gibt es die Möglichkeit, zum ersten Mal der Weltöffentlichkeit zu sagen, warum von ehemals 220.000 litauischen Juden nur 8.000 den Holocaust überlebt haben.

Heiner Lichtenstein

BÜCHERSCHAU

Judenhetze bis zum Holocaust

Diese Lizenzausgabe aus dem Freiburger Herder Verlag ist der Nachfolgebände zu dem aus einer Ringvorlesung am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin entstandenen, von Herbert A. Strauss und Norbert Kampe 1984 zum ersten Mal herausgegebenen und mehrfach wieder aufgelegten Band „Antisemitismus, Von der Judenfeindschaft zum Holocaust“ (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213). Er enthält insgesamt 14 Beiträge; zwei davon wurden aus der früheren Publikation übernommen, nämlich Frantisek Graus: „Judenfeindschaft im Mittelalter“ und - um zehn Seiten gekürzt - Werner Jochmann: „Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878 - 1914“. Sein zeitlicher Rahmen reicht vom Mittelalter bis zur unmittelbaren Gegenwart; die sechs chronologisch gegliederten Abschnitte enthalten sowohl Überblicksdarstellungen als auch Einzeluntersuchungen.

„Der deutsche Antisemitismus“ stellen die Herausgeber einleitend fest, „folgt...keineswegs einer einfachen Entwicklungs- und Radikalisierungslogik, sondern weist neben Kontinuitäten auch zahlreiche Brüche, Phasen von Dynamik und relativer Ruhe auf, in denen die Entwicklung hätte anders verlaufen können“ (14); die Frage nach seiner Besonderheit kön-

ne deshalb nur im Vergleich mit der Entwicklung in anderen europäischen Ländern, die hier skizziert wird, geklärt werden.

Frantisek Graus, der den ersten Teil eröffnet, beschreibt, von den unterschiedlichen religiösen Auffassungen zwischen Juden und Christen ausgehend, die primär religiös bestimmte mittelalterliche Judenfeindschaft, die schließlich zur Herausbildung eines einheitlichen und geschlossenen, die Juden dämonisierenden Stereotyps führt, zu einem Zerrbild, das anerzogen, propagiert und ganz selbstverständlich geglaubter Bestandteil allgemeiner Anschauung war - gelehrt, tradiert und auch dort wirksam, wo es keine Juden gab.

Horst Pietschmann faßt die in der Vertreibung im Jahre 1492 gipfelnde Geschichte der Sepharden in Spanien zusammen, bei der, so sein Urteil, „neben den religiös-politischen auch soziale Gründe eine Rolle gespielt haben müssen“ (89). Wolfram Baer kommt in seiner lokalgeschichtlichen Untersuchung über die Juden in Augsburg vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zu dem Ergebnis, daß 'mehr und mehr wirtschaftliche Gründe für die Judenhetze maßgebend wurden' (111).

Reinhard Rürups grundlegender Beitrag zu einer Problemgeschichte der Judenemanzipation im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts, der sich auf Akten, Landtagsprotokolle und eine Auswahl zeitgenössischer Publizistik stützt, hält als Ergebnis fest: „Das Grundproblem der deutschen Judenemanzipation stellte jene zwischen Fortschritt und Beharrung schwankende Politik dar, der es nicht gelang, eine Gesamtkonzeption für den Umbau der

Gesellschaft zu entwickeln oder gar zu realisieren...Die Emanzipation und Integration einer ethnisch, religiös und sozial bestimmten Minderheit in eine nicht - oder nur teilemanzipierte Gesellschaft muß daher als ein beinahe unlösbares Problem erscheinen“ (157f.).

Daran anschließend konstatiert Stefan Rohrbacher, daß die antijüdischen Ausschreitungen im 19. Jahrhundert weniger als sozialer Protest gewertet werden dürfen, sondern vor allem im Kontext des Widerstandes gegen die Emanzipation der Juden zu sehen“ sind (170); eine Sonderstellung nehmen dabei die auf christlichem Aberglauben beruhenden “Ritualmord“-Krawalle“ ein (ebenda).

Der dritte Abschnitt über den Antisemitismus im Kaiserreich wird von Werner Jochmann eröffnet. Er zeichnet sehr genau und detailliert nach, wie der Antisemitismus im Zusammenhang mit Bismarcks Kurswechsel in der Innenpolitik zu einer politischen Bewegung wurde. Als breite Protestbewegung schwand er, nachdem sich die politischen und ökonomischen Verhältnisse stabilisiert hatten. Als Vorurteil und fast für selbstverständlich gehaltene Einstellung, die keiner Rechtfertigung mehr bedurfte und in zunehmendem Maße auch nationalistische und sozialdarwinistische Auffassungen rezipierte, durchdrang der Antisemitismus jedoch allmählich die wilhelminische Gesellschaft und prägte breite Schichten des Volkes, mit Ausnahme der Organisationen der Arbeiterschaft: eine radikale und rassistische Variante bildete sich dabei in kleinen Zirkeln aus.

Christhard Hoffmann analysiert den Berliner Antisemitismusstreit von 1879/81 und faßt die Positionen von Treitschke und Mommsen prägnant zusammen. Aus John C. G. Röhl's Buch über Wilhelm II. wurde ein Abschnitt übernommen, der sich mit dessen Antisemitismus auseinandersetzt. Er enthält eine Fülle haarsträubender Zitate, die keinen Zweifel an der Schlußfolgerung lassen, daß der letzte deutsche Kaiser „während seines politisch aktiven Lebens ein überzeugter Antisemit war, und daß der Antisemitismus ein zentrales Element seiner Weltanschauung bildete“ (283).

Es folgt ein Beitrag von Helmut Berding über den Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg - im Mittelpunkt steht die vom preußischen Kriegsminister am 11.10.1916 an-

geordnete „Juden-zählung“ im Heer und in der Etappe, ‘die größte statistische Ungeheuerlichkeit, deren sich eine Behörde je schuldig gemacht hat’ (291). Den Abschluß dieses zentralen und gewichtigen Abschnitts bildet Volker Losemanns Darstellung der Rassenideologien und der antisemitischen Publizistik vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zu Hitlers „Mein Kampf“, wichtig auch deshalb, weil er ausführlich auf Eugen Dühring, Artur Dinter und auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ eingeht.

Den Antisemitismus in der Weimarer Republik behandelt Heinrich August Winkler. Seine Einschätzung der Bedeutung für den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung lautet: Für die Binnenwirkung war er entscheidend, „bei der Mobilisierung von Wählern stand er dagegen weniger im Vordergrund“ (358).

Die letzten beiden Beiträge stammen von den Herausgebern des Bandes. Wolfgang Benz gibt einen gerafften Überblick über die NS-Politik gegenüber den Juden, von der Ausgrenzung und Diskriminierung der Juden bis zur Deportation und Ermordung. Werner Bergmann und Reiner Erb schließen mit einem auf demoskopische Untersuchungen gestützten Abriss der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis 1996 und berücksichtigen dabei auch Ergebnisse aus den neuen Bundesländern. Ihre Schlußfolgerung: „Noch immer stimmen beachtliche Teile der Bevölkerung einzelnen antijüdischen Aussagen zu, doch verdichtet sich diese Zustimmung nur bei einem ‘harten Kern’ zu einem geschlossenen antisemitischen Vorurteilskomplex“ (434).

Der Band, der über die Bundeszentrale für politische Bildung, Postfach 23 25, 53013 Bonn, bezogen werden kann, ist unbedingt zu empfehlen. Schmerzlich vermißt man jedoch ein Personen- und ein Sachregister, die seinen Gebrauchswert beträchtlich erhöhen würden. Hier, wie auch bei dem lappigen Papier, sollte die nächste Auflage Abhilfe schaffen.

Theo Meier-Ewert

Wolfgang Benz, Werner Bergmann (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord, Entwicklungslinien des Antisemitismus, 439 S., Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF)-13.Jg., Nr. 9, 10 u.11/98: Chefredakteur Dieter Stein verfißt das Recht von NPDlern auf Mitgliedschaft in der Bundeswehr. Die Hexenjagd der Hardthöhe gegen rechtsextremistische Unterwanderung betreffe mittlerweile sogar Abonnenten der „Jungen Freiheit“ sowie das Blatt selbst (9/98). Für den Chefdenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, ist Intelligenz letztendlich eine biologische Variable, genauso ererbt wie schließlich das Temperament, die Persönlichkeit, Vorlieben. Lediglich der Zeitgeist negiere die Bedeutung der genetischen Vorbestimmtheit beispielsweise der „intellektuellen (welch peinlicher Schreibfehler der JF-Blattmacher, Anm.d.Red.) Fähigkeit“ der Beteiligten an gesellschaftlichen Prozessen. Unter den Personen, die sich zum Tode des Schriftstellers Ernst Jünger gegenüber der JF geäußert haben, ist - neben ausgewiesenen Vertretern der extremen Rechten - auch der CSU-Politiker Peter Gauweiler abgedruckt (9/98). Viel Wohlwollen enthält die Berichterstattung über den elsässischen Ableger des rechtsextremen Front National „Alsace d'Abbord“ unter dem Vorsitzenden Robert Spieler, der zu den am 15.März stattfindenden Kommunalwahlen antreten wird (9/98). Für die Abschaffung des Verfassungsschutzes plädiert in der Kolumne der folgenden Ausgabe Anti-Antifa-Strategie Hans-Helmuth Knütter, da dieser zur Vergiftung des öffentlichen Klimas durch die „denunziantorische Mentalität“ des heutigen politischen und Medienestablishments gegen Patrioten beitrage (10/98). Just in derselben Ausgabe wird dann darüber informiert, daß ausgerechnet JF-Autor Josef Schußlburner nunmehr die Aufmerksamkeit der Verfassungsschützer erregt habe und knapp an dienstrechtlichen Sanktionen vorbeigeschlittert sei. Der DSU-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Joachim Nothdurft, erläutert im JF-Interview, warum es Sinn mache, mit Parteien wie den „Republikanern“ zusammenzuarbeiten. Der Grazer Ernst Topitsch, engagiert schon im „Historikerstreit“ der 80er Jahre, mokiert sich über die Wehrmachtsausstellung, die lediglich den Zweck erfülle, die Deutschen zu schuldbehafteter Unterwürfigkeit hinsichtlich einer pervertierten Doppelmoral zu nötigen und einzig das Dogma der „>Einzigartigkeit< der Naziverbrechen“ gelten lasse (10/98). Detlef Kühn, FDP-Rechtsaußen und langjähriger Präsident des Gesamtdeut-

schen Instituts in Bonn, bemüht die hinreichend bekannte Faschismuskeule, mittels derer vor allem „deutsche Umerzieher“ den Deutschen das Nationalgefühl schlechtweg austreiben wollten. In der JF-Sonderbeilage zum Tode Ernst Jüngers meldet sich schließlich auch der Dramatiker Rolf Hochhuth zu Wort (10/98). Anlässlich des guten SPD-Wahlergebnisses bei der niedersächsischen Landtagswahl mahnt Dieter Stein für die Wahlen im Herbst eine „seriöse Alternative“ von rechts an zu Gerhard Schröder und dem „mittlerweile vom kleineren zum größeren Übel mutierten“ Kanzler Kohl. Die Rechte müsse endlich die Enttäuschung und Empörung der Bürger kanalisieren (11/98). Zum Bericht der Wehrbeauftragten des Bundestages, Claire Marienfeld, die eine undifferenzierte Traditionspflege der Bundeswehr konstatierte, wird angeführt, daß im Gegenteil die Bundeswehr viel zu wenig Tradition zu früheren deutschen Streitkräften pflege. Geschichtsrevisionist Alfred Schickel hat einen Papst-Brief des Pius XII. von 1948 aufgetan, in dem die Vertreibung von Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten und dem Sudetenland geißelt wird. Das Dokument muß hier gleichzeitig erhalten als Beleg für einen fälschlicherweise erhobenen „geschichtlichen Anspruch“ Polens und der Tschechoslowakei auf „Ostdeutschland und die Sudetengebiete (11/98).

„Freie Nationalisten“

In der aktuellen Ausgabe des „Hamburger Sturms“, einer Art Zentralorgan des zunehmend sich sogenannten „Kameradschaften“ verbunden fühlenden Flügels der parteipolitisch nicht organisierten Neonazi-Szene, die sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, wird dieser Begriff erstmals definiert: „Freie Nationalisten fühlen sich dem deutschen Volke ... verpflichtet. Der Begriff >Freie< sagt aus, daß wir parteiunabhängig arbeiten ... Es gibt viele Freie Aktionsgruppen, die für sich gesehen unabhängig sind, aber aktionsbezogen mit anderen Gruppen durch ein informelles Netzwerk gemeinsam agieren“. Symbol freier Nationalisten ist die „schwarze Fahne“, die für „die Not“ in Deutschland stehe. Aber auch „für die Abscheu gegen dieses System des Hasses und der Volkszerstörung“. Im norddeutschen Raum haben die „Freien“ inzwischen ein „informelles Netzwerk“ mit der Bezeichnung „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland“ aufgebaut.

A.M.

Tagebuch

Inland

Annweiler am Triffels - Ein neues Neonazi-Skinzine namens „Tabula rasa“ (Annweiler) will die Szene in Nordbaden, Rheinland-Pfalz und dem Saarland vernetzen. Das Blatt bietet den üblichen Einheitsbrei von rechtsextremen Polit-Versatzstücken und Konzertberichten. Geworben wird für den „Nationalen Widerstand Karlsruhe“, dem Neonazis wie Oliver Klein, Roland Sokoll und Patric Kohaupt angehören. Der Neonazi Christian Hehl (Szene-Jargon: „Hehli“), der jüngst im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen einen Ramschladen eröffnet hat („Hehl's World“) bekennt sich in einem Interview als Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ und eingefleischter Anhänger des Fußballvereins SV Waldhof Mannheim 07.

Bad Segeberg/Erlangen - Nach Auffassung der Betreiberin der führenden „Norland-Netz“-Mailbox „Asgard BBS“, Thekla Kosche, ist eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem „Thule-Netz“ nicht möglich, da die politischen Ziele unvereinbar seien. Gemäß Kosche bestehe „ein direkter Interessenkonflikt zwischen Nordland und Thule, denn das Nordland tritt für tatsächliche politische Veränderung ein. Thule lehnt das ab, weil es den Grundsätzen der >Neuen Rechten< treu bleiben will, das heißt Entschärfung und Verwässerung völkischen Denkens ohne politischen Machtanspruch“. Funktion des „Nordland-Netzes“ sei es, „positive Veränderungen in unserem Land und damit auch weltweit zu bewirken, basierend auf den Maximen des >Nationalen Widerstandes< , also >Gemeinnutz vor Eigennutz< und >Brechung der Zinsknechtschaft<.“

Die Mailbox „Widerstand BBS“ von Thomas Hetzner, alias Alfred Tetzlaff, einem der ersten Neonazis, der die Bedeutung von elektronischen Medien zum politischen Mißbrauch erkannt hat, hat zum 1. März ihren Betrieb eingestellt. Der Nachrichtenverkehr innerhalb des „Thule-Netzes“ wird nach der Einstellung von „Widerstand“ derzeit nur noch von der Mailbox „Propaganda BBS“ (insgesamt rund 45 Nutzer, davon acht aktiv) aufrechterhalten. Das „Nordland-Netz“ hingegen verfügt über drei Mailboxen mit rund 50 Nutzern, wovon 18 aktiv sind.

Berlin - Die Polizei ermittelt wegen eines Horst-Wessel-Flugblattes der neonazistischen Kameradschaft „Treptow“ in Berlin. Das Flugblatt, das an

den Todestag von SA-Führer Horst Wessel am 23. Februar 1930 erinnert, wurde in Treptower und Schöneberger Briefkästen gefunden. Unter der Überschrift „...Horst, wir marschieren wieder!“ heißt es in dem Pamphlet: „Die zahlreichen Aktionen gegen uns, die gerade in letzter Zeit gehäuft auftraten, sollen uns nicht davon abhalten, jenem großen Ziel zuzuarbeiten, dem schon Horst Wessel verpflichtet war.“ Auf „jedwede Repression, egal ob vom roten Straßenpöbel oder von uniformierten Systemknechten“, werde man mit „einer weiteren Intensivierung unserer politischen Arbeit reagieren“.

Berlin - Oliver Schweigert, ehemaliger Vorsitzender der „Nationalen Alternative“ (NA) in Berlin, begrüßt in einem Interview mit der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) den Aufbau einer „Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten“ innerhalb und außerhalb der NPD. Die Aufgabe dieser „Aktionsgemeinschaft“ müsse darin liegen, „eine Art Scharnier oder Bindeglied zwischen parlamentarischen und außer.parlamentarischen Bestrebungen der nationalen Opposition zu bilden“.

Berlin - In der NPD-Schrift „Zündstoff“, der „Deutschen Stimme für Berlin und Brandenburg“, findet sich in der aktuellen Ausgabe ein Grundsatzartikel „zum politischen Nutzen unseres Konsums.“ Zielvorstellung müsse sein, so der „Zündstoff“, ein Netz wirtschaftlicher Aktivitäten von Nationaldemokraten zu knüpfen“. NPD'ler sollen demnach nur noch bei Parteimitgliedern einkaufen; andere Läden seien zu boykottieren. „Wenn der Mitgliederzuwachs weiter so anhält, wie dies 1997 der Fall war, haben wir in überschaubarer Zeit auch jene Auswahl an Unternehmern und Subunternehmern, die den wesentlichen Teil des wirtschaftlichen Spektrums abdecken. Wenn Tausende von national gesinnten Menschen sich nur noch bei Gleichgesinnten versorgen würden, wäre dies im ganzen Land unübersehbar und hätte eine eindeutige Signalwirkung.“

Bonn - Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Bertl will von Bundesinnenminister Manfred Kanther wissen, ob dieser eine erneute Überprüfung der rechtsextremistischen NPD für geboten halte. In den letzten Wochen und Monaten sei eine deutliche Radikalisierung der NPD festzustellen, Mitglieder aus verbotenen Organisationen riefen zum Eintritt in die NPD auf und der Auftritt von Manfred Roeder auf dem NPD-Parteitag habe zu einem Ermittlungsverfahren geführt, so

Berlin. Mit Schreiben vom 2. März hat der Abgeordnete daher den Bundesinnenminister gefragt, ob dieser bereits Entsprechendes verfügt habe, um die Verfassungsfeindlichkeit der Partei, die für ihn klar erkennbar sei, festzustellen.

Bielefeld - Mit großer Zeitverzögerung ist die zweite Ausgabe des Neonazi-Skinzines „Unsere Welt“ (Bielefeld) von Bernd Stehmann, einst Kader der Kühnen-treuen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), erschienen. Heftig attackiert darin wird Stefan Wiesel, einst enger Weggefährte von Bela Ewald Althaus. Nach eigenem Bekunden unterhält Wiesel Kontakte zu dem US-amerikanischen Neonazi Dennis Mahon, einem Klan-Führer der „Knights of the KuKlux-Klan“ (KKKK). Interviewpartner in „Unsere Welt“ ist Frank Rennicke, der wohl zum hundertsten Mal auf die gleiche Frage auch die gleichen Antworten gibt. „Unsere Welt“, gedacht als Konkurrenz zu „Rock Nord“, liefert seiner Leserschaft nichts, was nicht schon Monate zuvor in einschlägigen anderen Blättern auch zu lesen stand.

Dresden/Schwerin - Die rechtsextremistische NPD verfügt nach eigenen Angaben im Freistaat Sachsen bereits über 1.000 Mitglieder. Am 25. Januar soll im NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz mit der 32jährigen Carmen Steglich das 1.000. Mitglied aufgenommen worden sein.

Der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hat im Februar in der Landeshauptstadt Schwerin den zehnten Kreisverband gegründet. Zum ersten Kreisvorsitzenden wurde der 21jährige Rene Feigel einstimmig gewählt.

Frankfurt/Augsburg - Großen Einsatz in seiner unermüdlichen Agitation gegen den Euro zeigt offenkundig der Vorsitzende des „Bund Freier Bürger“ Manfred Brunner. Am 14. 3. will er um 12.00 Uhr erst in Frankfurt vor der Paulskirche gemeinsam mit seinem neuen Generalsekretär Heiner Kappel auf einer Anti-Euro-Kundgebung sprechen; um 15.00 Uhr bereits ist Brunner als Redner bei einer Vortragsveranstaltung des BFB über die „Euro-Lüge“ in einem Festzelt in Augsburg vorgesehen.

Hannover - Bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März holten die „Republikaner“ - die als einzige Partei der extremen Rechten kandidierten - ein Ergebnis von 2,8 Prozent und 118.730 Wählerstimmen, rund 40.000 Stimmen weniger als vor vier Jahren (3,7 %). In verschiedenen Wahl-

kreisen konnten die „Republikaner“ trotzdem beachtliche Stimmenanteile für sich verbuchen: Wilhelmshaven (WK 100) 8,6 Prozent (1994:5,2), Celle (WK 59) 6,7 Prozent (5,7), Celle-Land (WK 58) 6,3 Prozent (5,6), Jever (Wahlkreis 99) 5,7 Prozent (3,4) und Hannover-Nordwest (Wahlkreis 35) 4,8 Prozent (7,8).

Ilmenau/Gera (Thüringen) - Die Internet-Ausgabe der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) meldet, daß sich an den im Februar in Gera und Ilmenau stattgefundenen Protestaktionen von Arbeitslosen auch die NPD beteiligt habe. So soll der NPD-Aktivist Manfred Rempt „mit zahlreichen Mitstreitern seines Kreisverbandes“ eine Mahnwache vor dem Arbeitsamt Ilmenau organisiert haben. Aufmarschiert wurde mit schwarz-weiß-roten Fahnen und Transparenten wie „Sozialismus ist machbar“ und „Arbeit zuerst für Deutsche“. Darüber hinaus verteilte die NPD Flugblätter an Passanten, in denen sie die „Herren in den Chefetagen“ für aktuelle Mißstände verantwortlich machte.

Jena (Thüringen) - Die Polizei hat kürzlich in Jena eine Bombenwerkstatt von Rechtsextremisten ausgehoben. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft wurden dabei mehrere scharfe Bomben, TNT-Sprengstoff und Zubehör sichergestellt. Den Angaben zufolge wurden bereits am 26. Januar sieben Wohnungen und Garagen von Rechtsextremisten durchsucht. Seitdem läuft die Fahndung nach der 23jährigen Beate Zschäpe (geborene Apel), dem 20jährigen Uwe Bähnardt und dem 24jährigen Uwe Mundlos, die flüchtig sind. Sie sind dringend verdächtig, am 2. September 1997 einen Koffer mit aufgespritztem Hakenkreuz vor dem Jenaer Theater aufgestellt zu haben. Ein Sprengsatz in dem Koffer sei zwar funktionsfähig, aber nicht zündfähig gewesen, erklärte die Staatsanwaltschaft. Bei der Fahndung nach den Bombenlegern habe die Polizei in der rechten Szene Jena ermittelt und sei bei der Razzia fündig geworden.

Neu-Ulm (Bayern) - Heftige Kritik an der neonazistischen Gruppierung „Freiheitlicher Volks Block“ (FVB) erhebt das Skinzine „Neue Deutsche Welle“, das von Manfred Rouhs herausgegeben wird; presserechtlich verantwortlich ist Sascha Wagner von den „Jungen Nationaldemokraten“. In der aktuellen Ausgabe der „Neuen Deutschen Welle“ wird der FVB wegen seines „uniformierten Auftretens“ bei Kundgebungen und Veranstaltungen des rechtsextremen Lagers attackiert: „Mitt-

lerweile haben es die führenden Funktionäre dieses Vereins geschafft, sich mit dem ganzen nationalen Widerstand anzulegen. Das Traurige ist nur, daß diese NS-Spinnertruppe, die maßgeblich aus der in Baden-Württemberg verbotenen HVD (= „Heimattreue Vereinigung Deutschlands“) hervorgegangen ist, ihre zum Teil jugendliche Gefolgschaft kriminalisiert.“. Die Macher des Blattes vermuten, daß die Führungsspitze des FVB „staatstragend“, das heißt von Spitzeln durchsetzt ist.

Sachsenheim (BaWü) - Mit der ersten Ausgabe des „Blattes der „Wickinger-Schwäbisches Zine“ ist in Sachsenheim/Krs. Ludwigsburg mittlerweile das vierte baden-württembergische Fanzine erschienen. Die Erstausgabe betrug 1.000 Exemplare. „Der Wickinger“ gibt - wie auch das kürzlich erschienene Fanzine „Der Feldzug“ aus Mannheim - juristische Ratschläge für „schwierige Situationen“ (z.B. Wohnungsdurchsuchungen), die in neonazistischen Skinhead-Kreisen offenbar immer größere Bedeutung gewinnen. Ansonsten werden auf ca. 30 Seiten aktuelle Ereignisse der „Szene“, Skinband-Interviews und CD-Tests wiedergegeben.

Zittau (Sachsen) - Am 21. März soll im sächsischen Zittau eine „Demonstration des nationalen Widerstandes“ unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ stattfinden.

Ausland

Frankreich (Paris) - Ein „Collectif d’auteurs“ soll das Buch „Livre Jaune, No. 5“ verfaßt haben, das in einigen esoterischen Buchläden der französischen Schweiz aufgetaucht ist. Alles nur Versteckspiel, das Buch hieß einst „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“, wurde verfaßt von Jan van Helsing, alias Jan Udo Holey. Der antisemitische Inhalt des Machwerkes hat die Strafverfolgungsbehörden mehrerer Länder aktiv werden lassen. Verlegt wird der getarnte „Jan van Helsing“ von der Edition Felix, einem Verlag, der

Adresse:

hauptsächlich esoterische Schriften anbietet. Die Autorenrechte beansprucht eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Mauritius.

Italien (Rom) - Vom militärischen Berufungsgericht in Rom wurden die ehemaligen SS-Offiziere Erich Priebke und Karl Hass am 7. März wegen Beteiligung an den Massakern in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom im Jahr 1944, wobei 335 Geiseln erschossen wurden, zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Fall des 84jährigen Erich Priebke erging das Urteil, nunmehr lebenslange Strafe wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, jetzt im dritten Anlauf, nachdem im ersten Prozeß das italienische Militärgericht im Sommer 1996 wegen Verjährung einen quasi Freispruch verfügt hatte, der wegen Befangenheit vom Berufungsgericht für ungültig erklärt wurde. Im folgenden Prozeß lautete im Sommer 1997 dann das Urteil 15 Jahre Haftstrafe für Priebke und 10 Jahre für den als Mitäter angeklagten Karl Hass, wovon beide 10 Jahre gleich wieder erlassen bekamen. Die Verurteilten wollen nunmehr die oberste Instanz, den italienischen Kassationsgerichtshof, anrufen.

Schweiz (Berikon) - Das „Nationale Infotelefon Schweiz“, eingerichtet von den Schweizer „Hammerskins“, kündigt für den 9. Mai ein Skinhead-Konzert an, das in der Bundesrepublik Deutschland im Großraum Kassel stattfinden soll. Auftreten sollen dabei vier rechtsextremistische Bands, nämlich „Endstufe“, „Radikahl“, „Kahlkopf“ und „Höllenhunde“.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Heussallee 2-10, Pressehaus I/216, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH Berlin;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten